



## «TTIP wird die ökologische Lebensmittelproduktion unter Druck setzen»

Seit zwei Jahren verhandeln Europa und die USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, genannt TTIP. Nach der elften Verhandlungsrunde ist eine Einigung weit entfernt. Ökoverbände und Umweltorganisationen warnen, TTIP würde mühsam errungene EU-Standards in der Lebensmittelproduktion aushöhlen. Felix Prinz zu Löwenstein, Biobauer aus Südhessen, Vorstandsvorsitzender des Bundes für ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und Mitglied im TTIP-Beirat der Bundesregierung, erklärt, warum TTIP unsere Ernährungskultur bedroht.

Interview: Paola Carega

**Greenpeace: Herr Löwenstein, mit dem Freihandelsabkommen TTIP\* würde ein Wirtschaftsraum mit 800 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten entstehen - ein riesiger transatlantischer Markt. Davon könnten auch europäische Biolandwirte profitieren. Warum sind Sie als Biobauer dennoch gegen TTIP?**

Felix zu Löwenstein: Freihandel ist per se nichts Schlechtes. Doch die meisten Handelsbarrieren zwischen den USA und der EU sind bereits beseitigt, auch im Biosektor, wo das Öko-Äquivalenz-Abkommen seit 2012 den Import und Export von Bioprodukten über den Atlantik regelt. Also kann es bei TTIP nur um das gehen, was an sogenannten nichttarifären Handelshindernissen weiterhin besteht: um die restriktive Zulassung von Gentechnik-Pflanzen und Gentechnik-Tieren in Europa, Rinder mit künstlich hergestellten Hormonen zu dopen oder Hygieneprobleme in der Hühnermast zu verschleiern, indem man das geschlachtete Tier durch ein Chlorbad zieht. Hier stossen im künftigen Wirtschaftsraum Europa-USA grundsätzliche Interessen und zwei völlig verschiedene Systeme von Umwelt- und Konsumentenschutz aufeinander. Das Risiko ist hoch, dass Standards und das kulturelle Grundverständnis, wie eine Landwirtschaft und eine Nahrungsmittelproduktion aussehen soll, zur Disposition gestellt werden. **Kann man heute schon abschätzen, was auf einen europäischen Biobauern zukommt, wenn TTIP ratifiziert wird?**

Die Verhandlungsrunden sind leider sehr

intransparent und finden ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft hinter verschlossenen Türen statt. Wir kennen also keine Vertragsentwürfe und wissen auch nicht, was bei den Verhandlungen auf dem Spiel steht. Da der Austausch ökologisch erzeugter Waren bereits funktioniert, wird sich für uns Biolandwirte unmittelbar wenig ändern - wohl aber mittelbar über Auswirkungen, welche die gesamte Landwirtschaft betreffen. **Welches sind denn die grössten Auswirkungen auf die Landwirtschaft, wenn TTIP in Kraft tritt?**

Was da denkbar ist, kann man im bereits fertig verhandelten und veröffentlichten Europäisch-Kanadischen Freihandelsabkommen CETA nachlesen. Dort steht zum Beispiel, dass Gentechnik-Organismen «science based»\*\* zugelassen werden sollen - was harmlos klingt, weil ja niemand etwas gegen eine wissenschaftliche Betrachtungsweise hat. Im Klartext geht es aber um zwei unterschiedliche Konsumentenschutz-Mechanismen. In Europa gilt der Vorsorge-Ansatz: Wer etwas zugelassen haben will, muss nachweisen, dass sein Produkt keinen Schaden anrichtet. In den USA gilt der Nachsorge-Ansatz: Wenn der Staat einem Antragsteller nicht nachweisen kann, dass sein Produkt schädlich ist, muss er es zulassen. Wenn dann allerdings ein Schaden eintritt, sieht sich der Inverkehrbringer gewaltigen Haftungsansprüchen gegenüber. Ein solches Haftungsrecht haben wir bei uns in Europa aber nicht. Was das bedeutet? Gentechnik-Pflanzen würden nach



dem Nachsorge-Ansatz viel schneller zugelassen. Und europäische Bauern hätten das Nachsehen, weil ein Grossteil der Kosten bei ihnen hängenbleiben würde, wenn es zu Gentechverschmutzungen kommt. Aus dem gleichen Grund sind in den USA – auch für die Anwendung in der Landwirtschaft – sehr viel mehr chemische Substanzen zugelassen als bei uns. Wenn TTIP den Druck erhöht, in Europa wieder mehr Agrochemikalien zu erlauben, steigt auch hier das Risiko von Verschmutzungen in der Biolandwirtschaft.

**Aber die Vertragspartner sichern sich doch zu, dass auch in Zukunft jede Seite das Schutzniveau für Landwirtschaft und Umweltschutz nach eigenem Ermessen festlegen kann.**

Richtig, das sogenannte «right to regulate» soll gewahrt bleiben. Das nützt aber nur etwas, wenn sich die USA und Europa das Recht vorbehalten, bei Importen aus dem jeweils anderen Wirtschaftsraum die Einhaltung der eigenen Standards zu verlangen. Unabdingbar wäre das immer dann, wenn diese Standards die Produktionskosten spürbar beeinflussen.

**Können Sie uns das an einem konkreten Beispiel erklären?**

Stellen wir uns vor, alle EU-Länder würden aus Tierschutzgründen verbieten, Hühnern die Schnabelspitzen abzuschneiden. Diese Amputation betrifft ja immerhin das empfindlichste Wahrnehmungsorgan der Tiere. Dann müsste man Hühnern in allen Haltungssystemen deutlich mehr Platz gewähren. Denn nur wenn sich die Tiere aus dem Weg gehen können, ver-

**Wenn TTIP den Druck erhöht, in Europa wieder mehr Agrochemikalien zu erlauben, steigt auch hier das Risiko von Verschmutzungen in der Biolandwirtschaft.**

meidet man, dass sie sich in Rankämpfen verletzen. Die Folge wären spürbar höhere Produktionskosten. Wenn sich die USA entschliessen, das Kürzen der Schnäbel ebenfalls zu verbieten, wäre alles bestens. Was aber, wenn sie das nicht tun? Dann sind amerikanische Brathähnchen

auf einmal billiger und die Produktion wandert über den Grossen Teich. Also würde Europa, um keinen Wettbewerbsnachteil zu haben, wahrscheinlich ebenfalls auf diesen Tierschutzstandard verzichten, und das «right to regulate» wäre wertlos – es sei denn, die EU hätte das Recht, für US-Importe die Einhaltung desselben Standards zu verlangen. Das wiederum würde voraussetzen, dass in den USA Kontrollen in den Hühnerställen stattfinden – denn schliesslich sieht man dem Brathähnchen nicht mehr an, ob das Tier einmal einen intakten Schnabel gehabt hat.

**Könnten strenge Umwelt- oder Tierschutzauflagen nicht auch dazu führen, dass der Vertragspartner seine Bestimmungen nach oben anpasst?**

Im Prinzip ja – aber nur, wenn Mechanismen wie der gerade beschriebene vereinbart würden. Oder wenn es in bestimmten Fällen möglich wäre, weiterhin Schutzzölle zu erheben. Lassen Sie mich auch dazu ein Beispiel geben: Die Anwendung von Stickstoffdünger in der Landwirtschaft erhöht zwar die Erträge, kostet die Allgemeinheit aber enorme Summen durch die Grundwasserbelastung mit Nitraten, durch den Treibhauseffekt von Stickoxiden oder durch die Nährstoffüberfrachtung der Weltmeere. Diese Produktionskosten werden externalisiert, also von der Allgemeinheit getragen statt von den Verursachern. Würden sich die USA jetzt entschliessen, eine Stickstoffabgabe einzuführen, um so die Kosten den Verursachern zuzuordnen und eine Verminderung der Stickstoffdüngung zu erreichen, würde das die Produktion ähnlich wie im obigen Beispiel verteuern. In diesem Beispiel hätte jetzt die EU einen Wettbewerbsvorteil. Der könnte nur vermieden werden, wenn die USA bei Importen einen Zoll in der Höhe erheben dürften, der diesen Vorteil ausgleicht. Das würde nicht nur ihre Landwirtschaft schützen, sondern die EU auch motivieren, ebenfalls eine solche Abgabe einzuführen.

**Was geschieht, wenn man einen solchen Vorschlag in die Diskussion einbringt?**

Man stösst auf völliges Unverständnis. Die TTIP-Unterhändler reden ganz offensichtlich nicht über solche Dinge. Die Befürchtung, das



Magazin

Greenpeace Schweiz  
8031 Zürich  
044 447 41 41  
www.greenpeace.org/switzerland/de/

Medienart: Print  
Medientyp: Spezial- und Hobbyzeitschriften  
Auflage: 100'000  
Erscheinungsweise: 3x jährlich

Themen-Nr.: 541.003  
Abo-Nr.: 1008268  
Seite: 31  
Fläche: 128'326 mm<sup>2</sup>

Abkommen könnte eher dazu führen, dass Druck entsteht, Standards nach unten zu korrigieren, ist deshalb keineswegs aus der Luft gegriffen!  
**Das Wirtschaftsforschungsinstitut ifo sagt, dass die Wertschöpfung der europäischen Ernährungsbranche mit TTIP um 0,5 Prozent zurückgehen wird. Spaniens Obst- und Gemüsebranche droht sogar eine Einbusse von 3 Prozent. Was bedeutet das für die Bio-bauern?**

Erst einmal zeigen diese Zahlen, dass mit TTIP nicht alle auf der Gewinnerseite stehen werden, wie die Befürworter häufig anführen. Es sind vor allem die grossen Agrar- und Lebensmittelkonzerne auf beiden Seiten, die vom Abkommen profitieren. Die meisten europäischen

**In den USA werden Hühner nach der Schlachtung in ein Chlorbad getaucht, um möglichst viele Keime wie Salmonellen abzutöten. In Europa sind solche Chemikalienbäder verboten.**

Bauern dagegen wird die Konkurrenz der billigeren US-Produkte zu schaffen machen – zum Beispiel im Obstsektor. Durch TTIP wird der Kostendruck in der konventionellen Landwirtschaft steigen. Das wiederum führt zu noch mehr Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion. Ausserdem wird sich der Preisabstand von konventioneller Ware zu Bio vergrössern, was wiederum die Situation für die Ökobranche schwieriger macht.

**Stichwort Chlorhühnchen und Hormonfleisch: Was werden Konsumentinnen und Konsumenten künftig auf dem Teller finden, wenn das Abkommen zustande kommt?**

Die Fleischproduktion ist ein gutes Beispiel, wie sich die Agrar- und die Ernährungskultur zwischen Europa und den USA massgeblich unterscheiden. In den USA werden Hühner nach der Schlachtung in ein Chlorbad getaucht, um möglichst viele Keime wie Salmonellen abzutöten. In Europa sind solche Chemikalienbäder verboten. Die industrialisierte Tierhaltung jenseits des Atlantiks hat dazu geführt, dass heute kein Staat so viel Rindfleisch produziert wie

die USA. Allein in Texas gibt es 13 Millionen Rinder, von denen die meisten mit Wachstumshormonen behandelt werden – was hierzulande verboten ist. Aufgrund dieser unterschiedlichen Konsumentenschutzbestimmungen findet bis heute kaum Fleischhandel über den Atlantik statt. Sowohl die amerikanischen Geflügelproduzenten als auch die Rinderzüchter hoffen nun natürlich, dass TTIP die strengen Konsumentenschutzregeln aushöhlt, damit sie ungehindert nach Europa exportieren können.

**Sie sind Mitglied im TTIP-Beirat der Bundesregierung. Wie müsste ein Freihandelsabkommen aussehen, das den Anforderungen einer globalen ökologischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion gerecht würde?**

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vertritt die Ansicht, Globalisierung brauche Regeln und es sei allemal besser, wenn die USA zusammen mit der EU die Regeln setze als mit ostasiatischen Staaten. Das ist sicher nicht verkehrt. Nur: Wo werden denn in CETA oder TTIP entsprechende Vorgaben festgeschrieben? Es ist doch ein Grundproblem der Globalisierung, dass derjenige die grössten Marktchancen hat, dem es gelingt, die meisten Kosten der Allgemeinheit oder den sozial Schwächsten auf-

**Im Agrarbereich droht die Verwässerung europäischer Umwelt- und Nahrungsmittelstandards, zum Beispiel durch die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen.**

zubürden. Also müssten TTIP & Co. dazu da sein, damit Schluss zu machen. Meines Wissens ist aber beispielsweise nicht geplant, dass schwache Volkswirtschaften etwa in Afrika ihren Agrarsektor vor den freien Weltmarkt Kräften schützen dürften, damit Kleinbauern die Chance hätten, wirtschaftliche Kraft zu gewinnen. Entwicklungshilfeorganisation befürchten zu Recht, dass die grössten Verlierer dieser Abkommen noch nicht einmal mit am Verhandlungstisch sitzen! Fragt man die Protagonisten

## Magazin

Greenpeace Schweiz  
8031 Zürich  
044 447 41 41  
www.greenpeace.org/switzerland/de/

Medienart: Print  
Medientyp: Spezial- und Hobbyzeitschriften  
Auflage: 100'000  
Erscheinungsweise: 3x jährlich



Themen-Nr.: 541.003  
Abo-Nr.: 1008268  
Seite: 31  
Fläche: 128'326 mm<sup>2</sup>

des Abkommens, mit welchem Ziel sie es aus-handeln, dann antworten sie: Wir wollen «Wohl-fahrtsgewinne» erzielen. Fragt man nach, was damit gemeint sei, heisst es: Wachstum von Handelsvolumen und Bruttosozialprodukt. Braucht es da noch einen Kommentar?

*Biografie:* Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Agrar-wissenschaftler und Biolandwirt, wurde in eine traditionsreiche, weit verzweigte Familie gebo-ren. Nach der Schulzeit am Jesuitenkollegium St. Blasien in Deutschland studierte Löwenstein an der agrarwissenschaftlichen Fakultät der TU München in Weihenstephan und promovier-te 1982. Nach dreijähriger Tätigkeit als Entwick-lungshelfer auf Haiti übernahm er den elterli-chen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb und stellte das Gut in Südhessen, das seit 500 Jahren im Besitz der Familie ist, auf Bio um. Löwen-stein ist Landwirt im Anbauverband Naturland. Als Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökolo-gische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) ist er ein politischer Vertreter der deutschen Bio-Branche und ein gefragter Redner.

### Die Schweiz und TTIP

Die USA und die EU verhandeln seit 2013 über das Freihandelsabkommen TTIP. Es wird von NGOs und zivilgesellschaftlichen Gruppie-rungen scharf kritisiert, vor allem wegen In-transparenz, Aushöhlung des Rechtsstaats und

des EU-weiten Abbaus von Sozial-, Umwelt-, und Verbraucherschutz zugunsten von Wirt-schaftsinteressen.

Im Agrarbereich droht die Verwässerung europäischer Umwelt- und Nahrungsmittelstan-dards, zum Beispiel durch die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen. Und der Investorenschutz ermöglicht es Unternehmen, Staaten zu verklagen, wenn diese Umwelt- oder Klimarichtlinien verschärfen.

Durch das Cassis-de-Dijon-Prinzip ist nicht zuletzt auch die Schweiz von TTIP betroffen. Alle Produkte, die in der EU zugelassen sind, können auch auf dem Schweizer Markt verkauft werden. Auch sind EU und USA die grössten Handelspartner und mit Verweis auf die Wett-bewerbsfähigkeit wurden in der Vergangen-heit ähnliche Verträge übernommen. Bereits Ende 2014 hat das Seco Gespräche mit den USA begonnen.

\* **TTIP: Transatlantische Handels- und Inves-titionspartnerschaft, ist ein aktuell verhandeltes Freihandels- und Investitions-schutzabkommen in Form eines völker-rechtlichen Vertrags zwischen der Europäi-schen Union und den USA.**

\*\* «science based»: wissenschaftlich begrün-det



Magazin

Greenpeace Schweiz  
8031 Zürich  
044 447 41 41  
www.greenpeace.org/switzerland/de/

Medienart: Print  
Medientyp: Spezial- und Hobbyzeitschriften  
Auflage: 100'000  
Erscheinungsweise: 3x jährlich

Themen-Nr.: 541.003  
Abo-Nr.: 1008268  
Seite: 31  
Fläche: 128'326 mm<sup>2</sup>



Dr. Felix Prinz zu Löwenstein auf seinem Bio-Landgut in Südhessen, welches seit 500 Jahren im Besitz der Familie ist.